

Starbatty, Joachim

**Article — Digitized Version**

## Ota Šiks "Dritter Weg": Überwindung der säkularen Inflation?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Starbatty, Joachim (1975) : Ota Šiks "Dritter Weg": Überwindung der säkularen Inflation?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 4, pp. 195-199

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134805>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Ota Šik „Dritter Weg“ — Überwindung der säkularen Inflation?

Joachim Starbatty, Köln

In die wirtschaftspolitische Diskussion, wie die in den westlichen Ländern herrschende weltweite Inflation am besten bekämpft werden kann, hat sich auch Ota Šik eingeschaltet. Er bietet seinen „dritten Weg“ als Mittel der Inflationsüberwindung an. Kann durch ihn die weltweite Inflation behoben werden?

---

Ota Šik betrachtet die Inflation als gesellschaftspolitisches Krebsübel: Sie vernichtet Wohlstand und läßt Politiker wegen der wachsenden Empörung der Bevölkerung, nachdem die üblichen prozeßpolitischen Palliativmittel nicht fruchten, „zu rein administrativen Preis- und Lohnstops“ greifen<sup>1)</sup>. Dadurch wird nach Ota Šik der Abstand der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftssysteme „gegenüber dem Staatsmonopolismus kommunistischer Prägung zusehends kleiner“<sup>2)</sup>.

In der Bewertung der Inflation sind sich der Sozialist Šik und der Liberale von Hayek einig: Inflation — „the road to serfdom“. Einig wären sie sich auch im therapeutischen Ansatz: Es ist eine ordnungspolitische Neuorientierung erforderlich. Während aber Hayek der „keynesianischen“ Vollbeschäftigungspolitik die Schuld an der Inflation gibt („The Economic Consequences of Lord Keynes“)<sup>3)</sup> und daher für eine Stärkung der marktwirtschaftlichen Selbstheilungskräfte plädiert, sieht Šik die Ursache im marktwirtschaftlich-kapitalistischen System selbst, in der Trennung von „Arbeit“ und „Kapital“, begründet und fordert daher eine Transformation der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Eine neue Ordnung, von Ota Šik „der dritte Weg“ genannt, soll die Bedingungen einer effektiveren und humaneren gesellschaftlichen Entfaltung schaffen. Ota Šik hat sowohl die Unterdrückung von rechts (Faschismus) wie von links (Kommunismus) während des Zweiten Weltkrieges und danach physisch wie psychisch erfahren<sup>4)</sup>. Die persönliche Freiheit des Menschen hat daher für ihn einen hohen Stellenwert. Er hat die Schwächen und unmenschlichen Härten sozialistischer

Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme sowjetischer Prägung und die Selbstherrlichkeit bürokratischer Apparate, die „praktisch nur abhängig von ‚Oben‘“, „nie verantwortlich gegenüber ‚Unten‘“ sind<sup>5)</sup>, aus eigener Erfahrung erlebt und weiß daher, daß der Marktmechanismus mehr für den Menschen tut, als man von den Verheißungen dogmatisch-sozialistischer Ideologen je erwarten kann.

Ota Šiks Diagnose marktwirtschaftlich-kapitalistischer Wirtschaftsordnungen fußt auf einem marxistischen Analyseschema, das entsprechend den Bedingungen des modernen Wohlfahrtsstaates umgeformt ist. So hat Ota Šik die Unterkonsumtionstheorie und das Ausbeutungaxiom über Bord geworfen. Er sieht den Konflikt zwischen „Arbeit“ und „Kapital“ nicht mehr in Lohn und Profit, sondern in Konsum und Investition<sup>6)</sup>. Daher verteuert er auch nicht den Profit, der für die Investitionstätigkeit unabdingbar ist.

In marxistischer Betrachtungsweise liegt dem Antagonismus von „Arbeit“ und „Kapital“ der Gedanke der Entfremdung zugrunde. Auch Ota Šiks Vision der zukünftigen Gesellschaft entspringt dem marxistischen Denkschema: der „dritte Weg“ als Synthese (Konvergenz) marktwirtschaftlich-kapitalistischer (These) und sozialistisch-kommunistischer (Antithese) Wirtschaftssysteme. Der „dritte Weg“ hebt diese beiden Typen auf (überwindet sie), wobei er das Beste aus beiden Welten (Markt und Plan) übernimmt, damit aufhebt (be-

---

1) O. Šik: Argumente für den Dritten Weg, Hamburg 1973, S. 97.

2) Ebenda, S. 98.

3) So F. A. von Hayek: Zwölf Thesen zur Inflationsbekämpfung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. August 1974, in Anspielung auf das Buch von J. M. Keynes, „The Economic Consequences of the Peace“, das ihn berühmt machte.

4) O. Šik: Freiheitlicher Sozialismus, in: Fragen der Freiheit — Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft, 89. Folge, Juni 1971, S. 3 f.

5) Ebenda, S. 5.

6) Vgl. O. Šik: Argumente . . . , a. a. O., S. 88 ff., und seine modifizierte und ergänzte Kurzfassung „Kampf der Monopole. Nur durch Überwindung des Gegensatzes von Arbeit und Kapital läßt sich die Inflation bekämpfen“, in: Die Zeit, Nr. 23 vom 31. Mai 1974, S. 38.

---

*Dr. Joachim Starbatty, 34, ist Lehrbeauftragter am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität zu Köln. Er steht kurz vor seiner Habilitation.*

wahrt) und zugleich die neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf eine höhere Stufe (gesellschaftlicher Fortschritt) hebt<sup>7)</sup>. Damit ist für Ota Šik die Fortschrittlichkeit des „dritten Weges“ logisch ableitbar. Sein Geschichtsbild neigt zum Determinismus: „Die progressive ökonomische Entwicklung läßt sich nicht aufhalten“<sup>8)</sup>. Daher können „verbissene Gegner“ des „dritten Weges“ nur solche sein, „welche befürchten, durch diese Entwicklung ihre sozialen Privilegien, ihre Vorrangstellung, ihre Machtpositionen zu verlieren“<sup>9)</sup>.

Daß die anvisierten Gesellschaftsreformen zu einem „demokratischen, humanen Sozialismus“ oft als „utopisch“ klassifiziert werden, ficht Ota Šik nicht an: „Auch jene Ideen, die einst dem Kampf um die Überwindung des Sklavensystems in Amerika oder die Beseitigung der Leibeigenschaft . . . gewidmet waren, wurden einst von den alten Machthabern und ihren Ideologen als Utopie abgetan. Es besteht die berechtigte Hoffnung, daß die heutige Utopiebezeichnung für sozialistische Reformvorschläge dereinst mit demselben Lächeln in Erinnerung gerufen wird, mit dem wir uns jetzt der mittelalterlichen erinnern“<sup>10)</sup>.

Die Gleichsetzung von Sklavenbefreiung und „drittem Weg“ ist eindrucksvoll und rhetorisch geschickt: Wer den „dritten Weg“ ablehnt, wäre der nicht auch gegen Sklavenbefreiung und Abschaffung der Leibeigenschaft gewesen? So wird der „dritte Weg“ mit gesellschaftlichem und moralischem Fortschritt identifiziert. Ota Šik gibt als Axiom aus, was zu beweisen ist.

Kann Ota Šiks „dritter Weg“ bei der Bekämpfung des Krebsübels „Inflation“ als Fortschritt gelten? Wir wollen sowohl Ota Šiks Inflationsdiagnose – Inflation als Folge des Grundwiderspruchs marktwirtschaftlich-kapitalistischer Wirtschaftsordnungen – als auch seine Abhilfemaßnahmen kritisch prüfen. Aus der Analyse der Diagnose können bereits Schlußfolgerungen über die Tauglichkeit der Therapie gezogen werden.

### Machttheoretische Inflationserklärung

Der Widerspruch der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftssysteme manifestiert sich nach Ota Šik in der Inflation: „Die moderne Inflation ist das Resultat des Kampfes gigantischer Interessenmonopole um die Makroverteilung des Nationalinkommens unter den Bedingungen der hoch industrialisierten Konsumgesellschaft“<sup>11)</sup>. Die Ge-

werkschaften als Vertreter des Faktors Arbeit neigen, um ihre Existenznotwendigkeit nachzuweisen, zu einer aggressiven Politik, die Unternehmen erhöhen die Preise, um die Mittel zur Investition zu erhalten<sup>12)</sup>. War früher das Drucken von Geldnoten Ursache der Inflation, war die Geldmengenentwicklung also die unabhängige Variable<sup>13)</sup>, so ist sie heute die abhängige Variable, und zwar abhängig von der Aggressivität der gewerkschaftlichen Lohn- und der unternehmerischen Preispolitik. Eine restriktive Notenbankpolitik könne durch die Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit und wegen der „immer existierenden Geldreserve innerhalb der Wirtschaft“<sup>14)</sup> unterlaufen werden. Solange dieser Verteilungskampf bestehe, sei es nicht möglich, die Preis- und Lohnentwicklung so zu beeinflussen, daß sich Verbrauch, Ersparnisse und Investitionen das Gleichgewicht halten. Die Inflation werde erst aufhören, wenn es kein Motiv mehr für Verteilungskämpfe gebe, wenn die Frontstellung zwischen Arbeit und Kapital beseitigt sei, d. h. wenn die Lohnempfänger Kapitaleigentümer geworden seien<sup>15)</sup>.

Diese Erklärung läßt sich als eine Variante des machttheoretischen Ansatzes deuten, nach dem die Inflation als Folge des Verteilungskampfes zwischen den gesellschaftlichen Gruppen angesehen wird und der wohl zur Zeit der am meisten bevorzugte Erklärungsansatz der Inflation ist. Ota Šiks Version unterscheidet sich von den anderen Varianten in der Ausschließlichkeit und in der Radikalität der Therapie<sup>16)</sup>. Für Šik bleibt alles Symptomkur, was nicht auf die Auflösung des Gegensatzes von Arbeit und Kapital hinzielt.

Die Stärke seines Ansatzes liegt in der klaren Zuordnungsbareit von Ursache und Wirkung und der darauf fußenden Therapie. Genau da liegt aber auch seine Schwäche: Läßt sich die inflationäre Entwicklung vornehmlich monokausal erklären? Ist der Erklärungsversuch nicht schon dadurch widerlegt, daß es lange Perioden der Preisstabilität gegeben hat, etwa bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges oder auch noch danach? Als Hilfhypothesen lassen sich die Beschäftigungssituation<sup>17)</sup> und die Existenz der Gewerkschaften<sup>18)</sup>

<sup>12)</sup> Ebenda.

<sup>13)</sup> O. Šik: Argumente . . . , S. 89 ff.

<sup>14)</sup> Ebenda, S. 93.

<sup>15)</sup> O. Šik: Kampf der Monopole . . . , a. a. O., S. 93.

<sup>16)</sup> So muß z. B. für H. Würzler eine expansive Geldmengenpolitik der Notenbanken als hinreichende Bedingung zur Inflationsentstehung hinzutreten. Würzler denkt zwecks Inflationsbekämpfung an eine Anwendung wettbewerblicher Regelungen nicht nur für Güter-, sondern auch für Faktorenmärkte. Vgl. H. Würzler: Inflation als Machtproblem, in: H. K. Schneider und Ch. Watrin (Hrsg.): Macht und ökonomisches Gesetz, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 74 I, Berlin 1973, S. 697 ff.

<sup>17)</sup> Vgl. hierzu O. Šik: Der dritte Weg. Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft, Hamburg 1972, S. 327 ff.

<sup>18)</sup> Vgl. hierzu O. Šik: Argumente . . . , a. a. O., S. 95. Šik spricht sogar – wohl ein wenig metaphorisch – von den „gigantischen Interessengegnern“.

<sup>7)</sup> Vgl. hierzu O. Šik: Demokratische und sozialistische Plan- und Marktwirtschaft. Das Modell der demokratischen, humanen sozialistischen Gesellschaft kann man für das Modell der europäischen Zukunft halten . . . , Edition „Arche Nova“, Zürich 1971, S. 37 ff.

<sup>8)</sup> Ebenda, S. 45.

<sup>9)</sup> Ebenda, S. 43.

<sup>10)</sup> O. Šik, Argumente . . . , a. a. O., S. 9.

<sup>11)</sup> O. Šik: Kampf der Monopole . . . , a. a. O., S. 38.

introduzieren: Die Situation der „Vollbeschäftigung“ und die Bündelung des Faktors „Arbeit“ durch die Gewerkschaften haben den Faktor „Arbeit“ erst zu einem Widerpart des Faktors „Kapital“ gemacht. Damit wurden zwar gleiche „Startchancen“ im Verteilungskampf geschaffen, zugleich aber die Inflation beschleunigt, da sich die Unternehmer im Preis zurückholten, was ihnen die Gewerkschaften im Lohnkampf abrang.

Offen bleibt jedoch, wie dann die außerordentlich starken Unterschiede zwischen den nationalen Inflationsraten und den nationalen Lohnabschlüssen zu erklären sind<sup>19)</sup>. Wie kommt es, daß einzelne Länder im internationalen Inflationsvergleich von einem Mittelplatz an die Spitze rückten? Und warum hat die Inflation seit 1969 zugenommen?

Im Gegensatz zu Ota Šik glauben wir nicht, daß die Geldmenge keinen Erklärungswert der Inflation mehr besitzt. Gerade in den letzten Jahren erhöhte sie sich beträchtlich. So stiegen die Weltwährungsreserven insgesamt von knapp 60 Mrd. \$ im Jahre 1960 auf gut 75 Mrd. \$ im Jahre 1969, von 1970 bis Ende 1973 jedoch von gut 75 Mrd. \$ auf 153,7 Mrd. \$<sup>20)</sup>. Wenn wir bedenken, daß im Gleichschritt zum Anwachsen der Devisenreserven inländische Liquidität in den Wirtschaftskreislauf geflossen ist, dann ist der weltweite Anstieg der Inflationsraten seit 1969 nicht verwunderlich. Dieser Zuwachs an internationaler Liquidität ist in den Jahren 1970–73 nur zu einem kleineren Teil auf das Defizit in der US-Zahlungsbilanz zurückzuführen, das 57,6 Mrd. \$ im Zeitraum 1970–1973 betrug. Es ist vielmehr zum größeren Teil auf die zinsbringende Anlage der Dollarreserven über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) oder durch die Notenbanken selbst zurückzuführen. Es ist also möglich, daß ein und dieselbe Notenbank ein und denselben Dollar zwei- oder mehrmals angekauft, bilanziert und wieder ausgeliehen hat („recycling“)<sup>21)</sup>. Angesichts dieser Praktiken wäre es verwunderlich, wenn wir nicht die gegenwärtigen Inflationsraten hätten.

Daß die deutsche Inflationsrate im Vergleich zu der gewichteten weltwirtschaftlichen niedrig ist und daß sich die Kluft verbreitert hat, ist der seit März 1973 stabilitätsorientierten Geldpolitik und

dem im Mai 1973 von der Bundesregierung verabschiedeten, im Vergleich zu 1970 weitaus schärferen Dämpfungsprogramm zuzuschreiben. Gleichwohl führte auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Reihe von konjunkturpolitischen Kunstfehlern seit 1968, und zwar eine mangelhafte außenwirtschaftliche Absicherung<sup>22)</sup>, eine prozyklische Finanzpolitik und eine unzulängliche Geldpolitik, zu inflationärer Entwicklung. Wahrscheinlich hat der Einspruch der Unternehmensverbände und der Gewerkschaften eine funktionsfähige Stabilisierungspolitik – zumindest vorübergehend – verhindern können. Während der Phase schärfster Kapazitätsanspannung 1969/70 gab es so etwas wie eine „unheilige Allianz“ zwischen Gewerkschaften und Unternehmensverbänden gegen konjunkturdämpfende Maßnahmen: Die einen sahen hohe Lohnzuwächse, die anderen die Erlöse gefährdet.

Zweifellos hat der Verteilungskampf in den Jahren 1969 bis 1973 die inflationäre Tendenz verstärkt. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die wilden Streiks im September 1969 und die daraus resultierende Lohnkostenexplosion eine Reaktion auf die Gewinnexplosion in den Jahren 1968/69 waren, die die Geldpolitik wegen der offenen außenwirtschaftlichen Flanke nicht verhindern konnte. Wir können weiter konstatieren, daß die Lohn- und Preissteigerungsraten zurückgingen, als die Bundesbank den inländischen Krediterschöpfungsprozeß wirksam steuern konnte<sup>23)</sup>.

Wir wollen und können jedoch nicht ausschließen, daß der Verteilungskampf in anderen Ländern oder in Zukunft auch in der Bundesrepublik Deutschland inflationsbestimmend sein könnte, indem die nationalen Konjunkturprogramme sich nach den Wegmarken orientieren, die Gewerkschaften und Unternehmer in die konjunkturpolitische Landschaft gesetzt haben. Auf jeden Fall würde die Stabilisierungspolitik erleichtert werden, wenn es keine Verteilungskämpfe mehr gäbe. Es ist also mehr als nur ein theoretisches Interesse, wenn wir die Aussichten auf Inflationsvermeidung beim Beschreiten des „dritten Weges“ prüfen.

<sup>19)</sup> Die britische Bergarbeitergewerkschaft ertrugte im Jahre 1975 von der britischen Regierung eine Lohnsteigerung von 33 %, die deutschen Gewerkschaften beschieden sich mit einem Zuwachs von gut 6,5 %.

<sup>20)</sup> Vgl. hierzu die gründlich dokumentierte Analyse von W. A. Jöhr, K. Kühne: Die Weltinflation und die Schweiz, in: Außenwirtschaft, H. IV/1974, S. 412 ff.

<sup>21)</sup> So führte H. Schmidt als Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen aus, es müßten Initiativen ergriffen werden, „die europäischen Notenbanken wenigstens dazu zu bringen, daß sie nicht mehr ihre eigenen Währungsreserven an der Hintertür am Eurogeldmarkt anlegen und sich dann beschweren, wenn ihnen an der Vordertür die Dollars hereinströmen“. (Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 6. Wahlperiode, 199. Sitzung vom 22. September 1972, S. 1180B).

<sup>22)</sup> Obwohl es eine ökonomische Binsenwahrheit ist, daß in einer Welt mit laxer währungspolitischer Moral entweder die Stabilität des binnenwirtschaftlichen Preisniveaus oder die Stabilität des Außenwertes der Währung erreicht werden kann, haben bis 1971 und auch noch später zeitweise die Bundesregierung und vornehmlich die Bundesbank geglaubt, beides zugleich verwirklichen zu können. Die steuerpolitische Absicherung im Jahre 1968 und die Aufwertung im Jahre 1969, die nichts weiter als eine notarielle Beurkundung dessen war, was der Markt durch starke Abschlüsse bei den Termindollars bereits besorgt hatte, haben die außenwirtschaftliche Flanke entweder überhaupt nicht oder nur für einige Monate abgesichert. Die administrativen Kontrollen nach dem „Smithsonian Agreement“ vom 17./18. Dezember 1971 haben zwar Politiker und Behördenapparate in Bewegung gehalten, weil immer wieder neue Besprechungen notwendig waren, um die Lächer im „Außenwirtschaftsdeich“ abzusichern, ansonsten aber nur die Mitnahme von Spekulationsgewinnen begünstigt.

<sup>23)</sup> Die wilden Streiks im Frühsommer 1973 waren noch die Folgen der mangelnden Durchschlagskraft der Geldpolitik bis Mitte März 1973.

Ota Šik würde sicherlich unserer Feststellung zustimmen, daß es in seiner Konzeption noch viele „weiße Flecken“ gibt, die der genaueren Erforschung bedürfen<sup>24</sup>). Wir bewegen uns daher bei der Analyse der Erfolgsaussichten in einem spekulativen Bereich und können nicht ausschließen, daß wir Ota Šiks Konzeption in manchen Punkten falsch interpretieren. Es wäre aber bereits als Fortschritt zu werten, wenn mögliche Mißverständnisse in einer vorurteilsfreien Diskussion ausgeräumt werden könnten.

Der „dritte Weg“ enthält folgende konstituierende Prinzipien<sup>25</sup>):

- Aufhebung des Antagonismus von „Kapital“ und „Arbeit“ durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel;
- grundsätzlich dezentrale Entscheidungsfindung;
- eine makroökonomische Orientierungsplanung<sup>26</sup>);
- Gewährleistung einer paritätischen Beteiligung an den Planungsentscheidungen von Produzenten und Nichtproduzenten.

Ota Šik räumt ein, daß es auch in seinem Modell Konflikte zwischen betrieblichen und gesamtgesellschaftlichen Interessen geben kann<sup>27</sup>). So braucht die Aufhebung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit die Betriebe nicht daran zu hindern, die Preise heraufzusetzen, wann immer sich ihnen eine Möglichkeit dazu anbietet.

#### Verlagerung der Konflikte

Dieser These ließe sich entgegenhalten, daß sie noch den Denkschablonen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verhaftet ist, wo einer Handvoll Kapitalisten die breite Masse der Konsumenten gegenübersteht. Die Interessenlage des Produzenten bei einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel sei gänzlich anders; denn er sei zugleich Konsument und wüßte, daß er Preiserhöhungen, die seinem Einkommen zugute kämen, als Konsument selbst finanzieren müßte. Eine aggressive Preispolitik nütze ihm daher nicht. Dabei wird offensichtlich unterstellt, daß sich die Preise aller Produkte ohne Zeitverzögerung und im gleichen Ausmaße erhöhten. Eine solche Annahme ist jedoch wegen der unterschiedlichen Preis- und Einkommenselastizitäten unreal. Daher folgern wir: Derjenige Betrieb, der durch eine aggressive

Preispolitik eine Einkommensumverteilung zu seinen Gunsten herbeiführen zu können glaubt, wird sich durch das Argument, daß doch alle in einem Boot sitzen, nicht davon abhalten lassen, einen bequemerem Platz in diesem Boot zu erklimmen.

Weiter ist zweifelhaft, ob sich bei Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ihre Einstellung gegenüber Investition und Konsumtion grundlegend wandeln wird. Wer die Diskussionen auf Aktionärsversammlungen kennt, weiß, daß das Management oder der Großaktionär an hohen Investitionen, die Masse der Kleinaktionäre an hohen Gewinnausschüttungen, also am Konsum, auf jeden Fall jedoch an der individuellen Verwendung des Gewinns interessiert ist. Es ist anzunehmen, daß auch das Belegschaftsmitglied den Konsum heute dem versprochenen Konsum von morgen vorzieht. Wenn nun das Management auf das Wohlwollen der Belegschaft angewiesen ist, so kann es erfahrungsgemäß auf seine Wiederwahl rechnen und in „Ruhe“ arbeiten, wenn es dem Verlangen nach „Brot und Spielen“ nachgibt oder ein solches Verlangen fördert. Die notwendigen Investitionen werden dann über Kredite oder über Erlösaufbesserungen aus Preiserhöhungen finanziert. Der innerbetriebliche Konflikt wird aus dem Betrieb herausverlagert und der Volkswirtschaft aufgebürdet.

Sollte nun Ota Šik tatsächlich glauben, daß wegen der möglichen Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit und wegen der „immer existierenden Geldreserve innerhalb der Wirtschaft“ die geldpolitischen Instrumente nicht greifen könnten, so wäre es nach unserer Auffassung um die Geldwertstabilität bei Beschreiten des „dritten Weges“ kaum besser bestellt. Doch sind wir weniger pessimistisch als Ota Šik. Die Umlaufgeschwindigkeit läßt sich nicht ad libitum erhöhen. Wer als Privathaushalt dazu übergeht, den Monatsverdienst sofort nach dem „Ersten“ auszugeben statt ihn auf den ganzen Monat zu verteilen, kann nur einmal die Umlaufgeschwindigkeit erhöhen. Und die Kreditschöpfung würde stark beeinflußt werden, wenn die Notenbank ihr Instrumentarium bei außenwirtschaftlicher Absicherung ausschöpfen sollte.

Ohne eine Politik, die die Preiserhöhungsspielräume beschneidet, gibt es keine Geldwertstabilität, gleichgültig, welcher ordnungspolitische Weg beschritten wird. Die entscheidende Frage lautet: Läßt sich nach Realisierung des „dritten Weges“ eine stabilitätsorientierte Politik besser betreiben und durchhalten als in marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftssystemen?

Ota Šik hat der Makroplanung ausdrücklich die Aufgabe zugeordnet, inflationsloses Wachstum durch Abstimmung von gesamtem Konsum und gesamter Investition zu sichern. Hierauf wollen

<sup>24</sup>) Vgl. das „Vorwort“ zu O. Šik: „Argumente . . .“, a. a. O., S. 8.

<sup>25</sup>) O. Šik: Kampf der Monopole, a. a. O., S. 38.

<sup>26</sup>) „Planmäßig festzulegen sind . . . die Proportionen zwischen dem gesamten Konsum und den gesamten Investitionen zur Sicherung einer inflationslosen gleichgewichtigen Entwicklung und die Proportionen zwischen individueller . . . Konsumtion und gesellschaftlicher Konsumtion . . .“ (O. Šik: Kampf der Monopole, a. a. O., S. 38).

<sup>27</sup>) Vgl. O. Šik: Demokratische und sozialistische Plan- und Marktwirtschaft, a. a. O., S. 25.

wir bei unserer Analyse abstellen. Wir unterstellen für die stabilisierungspolitische Willensbildung bei Realisierung des „dritten Weges“ das folgende institutionelle Arrangement:

Als Regierungsform wird die repräsentative parlamentarische Demokratie beibehalten: Mindestens zwei unabhängige Parteien konkurrieren gegeneinander um die Mehrheit der Wählerstimmen;

die Makroplanung wird im Einvernehmen mit Produzenten und Nichtproduzenten mit paritätisch besetzten „Wirtschafts- und Sozialräten“ erstellt;

Die Notenbank ist, um eine widerspruchsfreie Realisierung der Makroplanung zu gewährleisten, in die gesamtgesellschaftliche Willensbildung einbezogen und an die gemeinsam und einvernehmlich in den Planungskommissionen getroffenen Beschlüsse gebunden; sie ist also weisungsgebunden, kann jedoch auf die Weisungen selbst Einfluß nehmen.

Bei dezentraler betrieblicher Entscheidungsfindung sind Schwankungen im gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrad auch dadurch nicht auszuschließen, daß man sich über die makroökonomische Aufteilung des Sozialprodukts geeinigt hat. Da nur eine Perspektivplanung „ohne große Bürokratie mit Hilfe minimaler modernster Planungsapparate“<sup>28)</sup> erstellt wird, die den Betrieben Orientierungshilfen, aber keine Soll-Ziffern vorgibt, und da die Koordination zwischen Produktion und Konsumtion weiterhin dem Markt überlassen bleiben soll<sup>29)</sup>, hängt die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote weiterhin von den Erwartungen der einzelnen Betriebsleitungen ab. Wenn nun ein konjunkturelles Frühwarnsystem eine zu starke Beanspruchung des Produktionspotentials signalisiert, so müßte entweder über die Finanzpolitik oder über die Geldpolitik private Nachfrage zurückgedrängt oder durch Kürzung staatlicher Investitionstätigkeit zusätzlicher Angebotsspielraum für die betriebliche Expansion geschaffen werden.

Bei Beibehaltung der repräsentativen Demokratie ist nicht zu erwarten, daß sich die politischen Verhaltensweisen geändert haben, d. h. bei Konflikten zwischen ökonomischer Rationalität (z. B. restriktive Politik zwecks Minderung der Beanspruchung des Produktionspotentials) und politischer Rationalität (Vermeidung unpopulär scheinender Maßnahmen zwecks Sicherung eines Wahlerfolges) werden sich die Politiker in der Regel für die politische Rationalität entscheiden. Sie werden bei dieser Option sogar auf die Unterstützung der Betriebe rechnen können. Von der Finanzpolitik dürfte weder über die Einnahmen-

seite (befristete Steuererhöhungen) noch über die Ausgabenseite (Kürzung staatlicher Investitionen) ein stabilisierender Effekt zu erhoffen sein.

Wenn nun auch die Politik der Notenbank einvernehmlich festgelegt wird, so wird einmal die Möglichkeit, relativ schnell auf konjunkturelle Datenänderungen reagieren zu können, eingeschränkt, und zum anderen wird das stabilisierungspolitische Programm der Notenbank, die – aller Erfahrung und ihrem eigenen Selbstverständnis nach zu urteilen – am ehesten an der Geldwertstabilität orientiert ist, durch die Einreden der Politiker und der Betriebe zumindest verwässert, vor allem, wenn über die Politik formell abgestimmt wird.

Nun hat Ota Šik eine paritätische Beteiligung von Produzenten und Nichtproduzenten an der Makroplanung vorgesehen, woraus gefolgert werden könnte, daß die eher an der Preisstabilität interessierten Nichtproduzenten den Kurs der Notenbank unterstützen könnten. Da jedoch zu den Produzenten alle Arbeitnehmer und auch deren Familienangehörige zu zählen sind, blieben lediglich als „Nichtproduzenten“ jene Gruppen übrig, die nicht im Erwerbsleben stehen: Rentner, Arbeitslose, Studenten. Abgesehen von der Frage, wie das Problem der politischen Repräsentanz dieser Gruppen gelöst werden soll, wird ihrem Votum – trotz formeller Gleichberechtigung – ein geringeres Gewicht beigemessen. Hinzu kommt, daß sie über die anstehenden Entscheidungen weniger informiert sind als die Produzenten<sup>30)</sup> und auch nicht über einen wissenschaftlichen Unterbau verfügen, der für sie Argumente und Gegenargumente aufbereiten könnte.

#### Fehlende Konkretisierung

Aus dieser „überschlägigen“ Analyse der Stabilitätspolitischen Willensbildung in einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des „dritten Weges“ folgern wir, daß sich eine stabilitätsorientierte Geldpolitik weniger durchhalten ließe als in marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnungen mit institutionell *unabhängiger* Notenbank. Die Erfahrungen in Ländern mit einer Spielart zentralisierter Makroplanung (französische Planifikation) oder mit Makroplanung und Arbeiterselbstverwaltung (Jugoslawien) widersprechen unserer Ableitung nicht.

Wir wollen nicht ausschließen, daß sich Ota Šik das institutionelle Arrangement stärker gegen inflatorisches Verlangen gerüstet vorstellt, als wir es hier unterstellt haben. Es wäre dann jedoch unabdingbar, daß Ota Šik seine Überlegungen konkretisiert. Anderenfalls muß er sich vorhalten lassen, daß auch sein „dritter Weg“ nicht gegen das Krebsübel „Inflation“ gefeit ist.

<sup>28)</sup> O. Šik: Kampf der Monopole, a. a. O., S. 38.

<sup>29)</sup> Vgl. O. Šik: Demokratie und sozialistische Plan- und Marktwirtschaft, a. a. O., S. 31 ff.

<sup>30)</sup> Vgl. zur allgemeinen Begründung A. Downs: Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968, S. 247 ff.